

Danziger Zeitung.

Nr. 18187.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepflastete gewöhnliche Schriftseile oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 12. März. (W. L.) Das kaiserliche Correspondenzbureau vernimmt aus Pest, daß sich das neue Ministerium unter dem Präsidium Szapary gebildet habe, welcher zugleich das Ministerium des Innern übernimmt. Andreas Beihlen wird Ackerbauminister, die übrigen Minister verbleiben in ihren Amtmännern.

London, 12. März. (W. L.) Im Unterhause wurde bei der Debatte über die Parnell-Commission das Amendement Caine, in welchem ein Tadel über die auf den gefälschten Briefen beruhenden Anklagen ausgesprochen wird, mit 321 gegen 259 verworfen. Hierauf wurde der Antrag Smith ohne Abstimmung angenommen.

London, 12. März. (Privattelegramm.) Das größte Aufsehen erregt ein in der „Times“ veröffentlichter Brief an den Baron, welcher sichtbare Anklagen wegen der inneren Zustände Rußlands und der Anerkennung des Volkes durch das Beamtenthum enthält.

Cardiff, 12. März. (W. L.) Weiteren Meldungen zufolge ist die Kohlengrube Morsa in Brand geraten, wodurch die Rettung der Verschütteten sehr gefährdet ist.

Brüssel, 12. März. (Privattelegramm.) Es verlautet, der angekündigte Besuch Kaiser Wilhelms werde Ende April stattfinden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 12. März.

Polendebatte im Abgeordnetenhouse.

Es war eine äußerst wirksame Rede, mittelst welcher gestern der Abgeordnete Rickert, vertreten durch die vorgebrachte Aeußerung des Hrn. v. Puttkamer-Plauth, es habe ihn mit „Enträfung und Scham“ erfüllt, daß freisinnige Stimmen bei der letzten Wahl für Polen abgegeben seien, mit dem „nationalen“ Gegner abgerechnet. Duerst erwies er zahlmäßig die Puttkamer'sche Behauptung als falsch und dann stellte er fest, daß (worauf wir gestern gleichfalls schon hingewiesen haben) der von nationaler Enträfung überströmende Herr v. Puttkamer selbst im Jahre 1881 gegen den nationalliberalen Herrn Bieler die Hilfe der Polen in Anspruch genommen habe. Die ansfangs laut lachenden und mit höhnischen Zwischenrufen Herrn Rickert unterbrechenden Conservativen wurden allmählich still, besonders als der Redner unter Beifall des Centrums und der Nationalliberalen von den neuesten Anbohrungen der Polen seitens der Conservativen zu reden anfing, was Abg. Jajowowski, der vor Herrn Rickert saß, durch Kopfnicken begrüßte. Der Redner betonte dann, daß die Polen den preußischen Huldigungseid geschworen hätten und daß er denselben keinen Bedenken zutraue. Andererseits aber sei das deutsche Reich stark und großherzig genug, um auch solche widerstreitenden Grönungen zu überwältigen. Eine Politik aber, die Millionen dazu aufwendet, einen Theil der Unterthanen als Paria zu behandeln, die wird und kann die freisinnige Partei nie unterstützen. Die naive Erwiderung des Abg. v. Rörber, „daß es doch nicht recht sei, wenn Deutsche für Polen stimmen“, ging im allgemeinen Stimmengewirr unter. Im weiteren Verlauf der Debatte, nachdem Abg. v. Tiedemann gegen die vorgebrachten Auslösungen Windthorsts polemisierte, gelang es Herrn v. Limburg-Stronach, einen Lachsturm zu entfesseln, als er im Brustton der Ueberzeugung verkündigte:

„Ich nehme an, daß das wahr ist, was in der „Nordd. Allg. Ztg.“ steht.“

Das herzliche Lachen, mit welchem Abg. Windthorst einstimmte, soll, wie Eingeweihte behaupten, zum ersten Mal in diesem Hause beobachtet worden sein. In seiner darauf folgenden Erwiderung unterlegte Abg. Windthorst dann den Gang der preußischen Polenpolitik einer absäßigen Kritik und kündigte an, er erstrebe durchaus den Status, wie er vor Beginn des Culturkampfes bestanden. War doch es einfallsreiche Leute, die schon jetzt an maßgebender Stelle bohren und behaupten, der jetzige Reichstag sei zu schlecht, er müsse bald nach Hause geschickt werden. Es sei ja aber natürlich, daß Leute, die aus einem Lokal herausgeworfen sind, Wege suchen, wieder hinein zu kommen. Sosie der Kampf losgehen — er sei schon bereit. Es sei aber besser, den Kampf ruhen zu lassen und gemeinsam gegen den schlimmsten Feind, die Socialdemokratie Front zu machen. Die nun folgende Erwiderung des Herrn v. Puttkamer-Plauth fiel sehr schwach aus. Er versuchte ohne Erfolg die Stimmabgabe der Freisinnigen für die Polen zu erweisen, während er sein Verhalten im Jahre 1881 aus „eigenhümlichen Verhältnissen“ erklären wollte. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Abg. v. Puttkamer auch auf die eventuelle Auflösung des Reichstages zu sprechen. Er meinte, das werde wesentlich davon abhängen, wie Abg. Windthorst sich in demselben bewege; übrigens werde man erst einige Thorheiten der Opposition abwarten, die könnten bei den nächsten Wahlen helfen. Es fiel dem Abg. Rickert nicht schwer, durch seine Entgegnung Herrn v. Puttkamer ab absurdum zu führen. Im übrigen constatirte er, daß das freisinnige Generalwahlcomité sich einstimmig vor den Stichwahlen schlüssig gemacht habe, auf die einzelnen Wahlkreise keinen Druck nach irgendwelcher Richtung auszuüben.

* * *

Über Herrn v. Puttkamer wird uns aus der Provinz geschrieben:

Herr v. Puttkamer-Plauth hat in der Montagsitzung des Abgeordnetenhauses seiner Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, daß in einzelnen westpreußischen Wahlkreisen bestimmt liberale Männer zur Entkrümmung des Cartells ihr Scherlein belgetragen haben und lieber den Kandidaten der polnischen Partei wählen, als einen mit der Verkümmierung der Rechte des Volkes behafteten Cartellmann. Herr v. P. ist aber ein sehr schlechter Apostel für Verbreitung solcher wahrscheinlich für andere Orte und Dinge bestimmten Entrüstungsposse. Er selbst ist es gewesen, der im Grauden-Grauden für die Stichwahl im Jahre 1881 die Parole ausgab und durch Flugblätter verbreitete ließ: „Wählt keinen Liberalen!“ Dabei stand der nationalliberale Herr Bieler-Melno in der Stichwahl, dessen Liberalismus den Herrn später nicht gehindert hat, sich für Hornjöle und Spiritusdotation zu begeistern, kurz, der sich vom Agrarier so unterschied, wie ein Ei vom anderen. Aber auch noch vor der jetzigen Wahl sind von einem einflußreichen Conservativen dahingehende Bemerkungen gemacht, daß dieselben bei einer eventuellen Stichwahl zwischen dem Deutschrösslingen und dem Polen für Letzteren stimmen würden, und diese Aeußerungen sind gefallen, trotzdem die Wahrscheinlichkeit, in die Stichwahl zu kommen, größer für den Cartellkandidaten war. Man kann die Herren, und ganz besonders den Herrn v. Puttkamer, nur bitten, vor der eigenen Thür zu kehren.

Über die Rücktrittsabsichten des Fürsten Bismarck

geht der „Schlesischen Zeitung“ von „sonst gut unterrichteter Seite“ aus Berlin die folgende Mitteilung zu: Fürst Bismarck hat seine Absicht, aus dem kaiserlichen und dem königlichen Dienste auszuscheiden, gutem Vernehmen nach noch nicht aufgegeben. Es wird angenommen, daß der Großherzog von Baden bei seiner jetzigen Anwesenheit in Berlin den Versuch machen werde, in vermitteltem Sinne zu wirken und den Reichskanzler zum Bleiben zu bewegen. Einer in informierten Kreisen verbreiteten Lesart zufolge ist bei der Erörterung der Frage des Ausscheidens des Kanzlers auch die Theilung seiner jetzigen Befugnisse zur Sprache gekommen, die Bundesfürsten jedoch haben sich mit Entschiedenheit im Sinne einer Niedländerung der Verfassung ausgesprochen.

Das „Berl. Tagebl.“ macht darauf aufmerksam, daß Minister v. Bötticher bereits unmittelbar nach dem Abschluß der Altersversicherung den Stern und das Kreuz der Großen Komtur des hohenzollerschen Hauses erhalten habe. Wenn demnach in dem kaiserlichen Handschreiben bei Verleihung des Schwarzen Adlerordens die Hoffnung ausgedrückt wird, daß diese Verleihung Herr v. Bötticher zum Sporn und zur Anregung bei der weiteren Arbeit dienen möge, so liegt die Annahme nahe, daß die neueste Auszeichnung, welche dem Stellvertreter des Reichskanzlers zu Theil geworden ist, denselben als eventuellen Nachfolger des Reichskanzlers charakterisire. So wird die Sache wenigstens in parlamentarischen Kreisen aufgefaßt.

Die Arbeiterschutzfrage.

Die vorgebrachte Sitzung des Staatsministeriums hat sich, wie verlautet, mit den Ergebnissen der Berathungen des Staatsraths über die Arbeiterschutzfrage und mit der Formulirung der preußischen Vorschläge für den Bundesrat beschäftigt. Wenn in der That dem Reichstage, der ja am 15. April zusammenentreten soll, bereits im Beginn der neuen Session eine derartige Vorlage zugehen soll, so wird die Einbringung der Anträge an den Bundesrat nicht lange mehr auf sich warten lassen dürfen. Die Ankündigung, daß auch die sächsische Regierung eigene Anträge bei den Arbeiterschutz an den Bundesrat stellen werde, scheint zu beweisen, daß im Kreise der verbündeten Regierungen über das Maß der sofort zulässigen Arbeiterschutzbestimmungen die Ansichten auseinander gehen. Unter diesen Umständen werden die Verhandlungen im Bundesrat nicht ganz so rasch erledigt werden, als bisher angenommen wurde. Jedenfalls wird der Inhalt der preußischen Anträge sehr bald bekannt werden, und man wird ja dann sehen, welche Bedeutung die heutige Ausführung der „Nordd. Allg. Ztg.“ hat, daß für den Fürsten Bismarck und das Staatsministerium in seiner verantwortlichen Stellung das Gutachten der Staatsräthsabschließungen nur Material zu Beschlüssen ist, mit anderen Worten, daß das Staatsministerium die Beschlüsse des Staatsraths als unverbindlich ansieht. Nach Londoner Meldungen hat die englische Regierung auch jetzt noch nicht die Hoffnung ausgegeben, eine Verzögerung des Zusammentritts der Arbeiterschutzkonferenz herbeizuführen.

Die Ansicht, daß die Verhandlungen der Konferenz einen eben so rasanten Verlauf nehmen würden, wie diejenigen des Staatsraths, ist schon angesichts der großen Zahl der Mitglieder, die an den Berathungen teilnehmen werden, nicht mehr aufrecht zu halten. Für das erste werden die Conferenzberathungen wohl nur als eine Art internationaler Enquête über die Arbeiterschutzfrage angesehen werden können. Ob nachher die Ergebnisse dieser Enquête zu einer internationalen Vereinbarung führen oder ob dieselben lediglich dazu dienen werden, der einzelstaatlichen Gesetzgebung eine im allgemeinen übereinstimmende Basis zu geben, läßt sich noch nicht übersehen. Bekanntlich haben bisher England sowohl wie Frankreich erklärt, daß sie sich durch die Beschlüsse der Konferenz nicht für gebunden erachten können.

Immerhin werden die Verhandlungen von großem Interesse sein.

Die parlamentarische Lage in Dänemark.

Die Verhandlungen des Folketing in Apenhagen bieten auch in der gegenwärtigen Session dasselbe Schauspiel dar, welches die Berathungen dieser Verfammlung seit Jahren zu einer fast vollständigen Unfruchtbarkeit verurtheilt. Die meisten von dem Cabinet Estrup eingebrachten Vorlagen scheitern entweder a priori an dem directen Widerstande des Folketing oder erleiden in den Commissionsberathungen solche Umwandlungen, daß ihnen die Sanction der Krone nicht zu Theil wird, oder sie treten überhaupt nur auf Grund jener constitutionellen Fiction ins Leben, daß zum Zustandekommen eines Gesetzes die Übereinstimmung der Krone mit dem Landtag genugend sei, wie dies seit Jahren bei den provisorischen Budgets der Fall ist. Die Comissionen des Folketing arbeiten überdies in so langsamem Tempo, daß von den denselben überwiesenen Regierungsvorlagen bis zum Schlusse der gegenwärtigen Session, der für den 31. März in Aussicht genommen ist, wohl nur der geringste Theil aller Statuten der legislativen Behandlung durchlaufen haben wird. Abgesehen von dem Staatsvoranschlag liegen dem Folketing gegenwärtig eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzentwürfen vor, deren Schicksal höchst zweifelhaft ist. Hierher gehören in erster Linie die Gesetzentwürfe über die Zollreform, die Branntwein- und Biersteuerung, die Krankenkassen, den Bau und die Einrichtung eines Freihafens in Apenhagen, sowie über den Bau einer Küstenbahn zwischen der Hauptstadt und Helsingør als Fortsetzung der bereits bestehenden Bahn Apenhagen-Klampenborg.

Der seit Jahren andauernde Verfassungs-Conflict übt seine paralytirende Wirkung auch auf die Behandlung von Gesetzen aus, die sonst von allen Seiten als wünschenswert und nothwendig anerkannt werden. So beanstandet das Folketing beispielsweise die Steuergesetze, deren vorauftischliche Ueberflüsse wenigstens teilweise zur Organisirung und Unterstützung der Krankenkassen dienen sollen, zum großen Theile lediglich deshalb, weil es bezüglich der Verwendung dieser Gelder von Mistrauen gegen das Cabinet erfüllt ist und fürchtet, daß diese Summen für weitere Befestigungsarbeiten verwendet werden könnten. Die Einwürfe gegen die Küstenbahn entspringen derselben Quelle, an sich wird diese Bahn allgemein gewünscht, allein die Rämmer sträubt sich gegen die zu deren Bau vorgeschlagene Anleihe und verlangt, daß die Baukosten aus den Baubeständen und Reichssätzen bestritten werden, um dadurch die Hauptquelle abzuschneiden, aus der die Regierung bisher den außerordentlichen Militäraufwand gedeckt hatte.

Zu dieser gespannten Situation zwischen Cabinet und Volksvertretung tritt nun noch ein Dissens innerhalb der Majorität des Folketing selbst.

Die Linke, welche dessen Mehrheit bildet, scheidet sich nämlich wieder in zwei Gruppen: die sogenannte „verhandelnde Linke“ unter Holstein, Boysen und Hörup mit 56 Stimmen und die Intriganten unter Berg, die nur über 20 Stimmen verfügen und noch immer auf dem Standpunkte der absoluten Verwerfung aller Regierungsvorlagen stehen, trotz ihrer numerischen Inferiorität aber auf die Gesamthalbung der Linken einen so großen Einfluß üben, daß die Verhandlungsparität nur sehr selten in die Lage kommt, ihre Gleichheit zu Verhandlungen auch praktisch zu beibehalten.

Ein Ausweg aus der verworrenen staatsrechtlichen Situation Dänemarks läge, wenn man von einer Verfassungsänderung abstünde, nur in dem Rücktritt des Cabinets Estrup; doch ist das Folketing weder im Stande, denselben herbeizuführen, noch die Krone willens, ihn zu gewähren, und somit erübrigte nur die Hoffnung, daß das Ministerium nach Abschluß der Befestigungsfrage die Indemnität für seine durch mehr als ein Decennium beobachtete Haltung annehmen und erhalten werde. Ob aber das Cabinet diesen Weg betreten werde, ist mehr als zweifelhaft.

Die französischen Delegirten zur Berliner Konferenz.

Der französische Ministerrath hat endgültig zu Delegirten für die Berliner Konferenz ernannt Jules Simon, Tolain und Burdeau, ferner den General-Mineninspector Linder und den Mechaniker Delahane. Gestern Nachmittag 4 Uhr versammelten sich die Delegirten im Ministerium des Auswärtigen unter Vorsitz des Ministers Spuller bei dessen Wahl von technischen Delegirten, die ihnen beigegeben werden. Letztere werden an den Berathungen der Konferenz nicht teilnehmen, sondern nur den offiziellen Delegirten die nöthigen Informationen liefern. Außerdem wollten sich die Delegirten über verschiedene der Konferenz vorliegende Fragen verständigen. Dieselben reisen ebenso wie die technischen Delegirten heute Abend ab.

Die französische Deputirtenkammer

hat, wie aus Paris telegraphirt wird, gestern die Budget-Commission gewählt. Zwei Dritttheile der Deputirten sind dem von der Regierung aufgestellten Budget geneigt, insbesondere bezüglich der Einführung der sechsjährigen Bonds; viele Deputirten sind jedoch mit Bezug auf die Frage einer neuen Anleihe sehr zurückhaltend und wollen vorher untersuchen, ob nicht Herabsetzungen bei den Ausgaben für Heer und Marine möglich sind; dieselben verlangen auch besonders eine höhere Besteuerung des Alkohols.

Die serbische Chauschlinie wählte in der gestrigen Abendsitzung aus der Candidatenliste der Regentshaft für den Staatsrat 8 Mitglieder, darunter 3 Radicale, nämlich den Ministerpräsidenten Grujic, den Finanzminister Milić und den Gouverneur des Königs Dokic; ferner 4 Liberales und einen Neutralen. Hierauf ernannte die Chauschlinie 16 der Regentshaft vorzuschlagende Candidaten, nämlich 15 Radicale, darunter sämtliche Minister, ausgenommen Tschushanovitsch und den Kriegsminister, und einen Liberalen, nämlich den ehemaligen Minister Avakumovitsch.

Südafrikanische Eisenbahn.

Einem Telegramm des „Reuter'schen Bureaus“ aus Capetown vom heutigen Tage zufolge hat der Präsident der südafrikanischen Republik Krüger, öffentlich seine Genehmigung zum Bau einer directen Eisenbahn zwischen Bloemfontein und Johannesburg ertheilt. Die Regierung des Capelandes baut gegenwärtig eine Linie, welche Bloemfontein mit ihrem eigenen Eisenbahnhof in Verbindung setzt und sich bis Johannesburg ausdehnt. Es wird dadurch eine Eisenbahn-Verbindung zwischen Johannesburg und dem Meere hergestellt.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 11. März. Dritte Berathung des Gesetzesvorhabens betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Anrechnung der außerhalb des Staatsdienstes zurückgelegten Dienstzeit bei der Bemessung der Pension).

Abg. Rintelen (Centr.) beantragt, auch die früher im Privatbahnbeamten beschäftigten, in den Staatsdienst übernommenen Eisenbahnbeamten an den Wohlthaten dieses Gesetzes Theil nehmen zu lassen. Der finanzielle Effect des Antrages sei nicht bedeutend. Die Regierung solle nur ermächtigt werden, die frühere Dienstzeit der Privatbahnbeamten in Anrechnung zu bringen.

Geheimrat Seidel: Bei Uebernahme der Privatbahnbeamten in den Staatsdienst sind die Pensionsverhältnisse derselben mit ihrer Zustimmung geregelt. Ein Bedürfnis zur Änderung liegt also nicht vor.

Abg. Rintelen: Die Zustimmung der Beamten zu der damaligen Regelung ihrer Pensionsverhältnisse ist nicht freiwillig, sondern erzwungen gewesen.

Geh. Finanzrat Heller erklärt, daß das Gesetz durch die Annahme des Antrages sicher in hohem Grade gefährdet werde.

Unter Ablehnung des Antrages Rintelen wird der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

In dritter Berathung wird der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Pensionsnirung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen angenommen.

Nach Erledigung mehrerer kleinen Vorlagen wird die 2. Berathung des Gesetzes der Ansiedelungskommission fortgesetzt.

Abg. Rickert: Die Stellung, welche die freisinnige Partei zu dem Ansiedelungsgesetz einnimmt, ist von uns früher so ausführlich dargelegt, daß ich nicht nötig habe, darauf näher einzugehen. Wir haben keinen Grund, auf jene Abstimmung mit Reue zurückzublicken. Die Folge der Polengesetz haben sich sehr zweifelhaft und zweideutig gezeigt. Sie enthalten nicht eine Politik der Versöhnung, welche man Staatsbürgern gegenüber, die dieselben Rechte haben, wie wir, beobachten sollte. Der Reichskanzler hat den Culturkampf begonnen und mit den Culturkämpfern das Centrum gestärkt; er hat mit dem Socialistengesetz die Socialdemokratie verschärft und die Socialdemokratie stärker und kräftiger gemacht. (Gehr wahr! links.) Mit diesem Polengesetz hat er die Polen zurückdrängen wollen, und das Polenthum gewinnt an Boden. (Lachen rechts.) Der Abg. v. Puttkamer hat es für seine Aufgabe gehalten, mit der ihm eigenen Sachkenntniß das Verhältnis der freisinnigen Partei zu den Wahlen in Westpreußen zu behandeln. Selbst ohne genauere Statistik steht heute schon fest, daß das Polenthum bei uns in Westpreußen einen unerwünschten Aufschwung erhalten hat. Selbst in dem rein deutschen Danzig, wo früher keine polnische Stimme abgegeben ist, wurden diesmal ein paar hundert Stimmen für den polnischen Kandidaten abgegeben. Das Polenthum hat in den Polen gelesene eine Parole der Sammlung aller Kräfte gefunden. Daß gerade der Abg. v. Puttkamer diese Sache zur Sprache gebracht hat, nimmt mich Wunder, wenn ich die Vergangenheit dieses geehrten Herrn ins Auge sehe. Er sprach von der Entrüstung und dem Schamgefühl der Deutschen über die Beteiligung der Freisinnigen an den polnischen Wahlen. Natürlich rief die Rechte sofort nach dem Worte Entrüstung Bravo, ohne daß Herr v. Puttkamer den Sack zu Ende gesprochen. Für Entrüstung sind die Herren immer zu haben. (Heiterkeit.) Aber wir werden sehr bald erleben, daß manches, was wir vertreten haben und ihnen deshalb willkommen Empfunden ist, jetzt von den Regierungen selbst empfohlen wird. Nun frage ich Sie, was soll man von einem Politiker sagen, welcher mit dieser Oberfläche und mit diesem Mangel an Kenntniß der Thatsachen es wagt, in diesem Hause aufzutreten (Oh! rechts), der sich nicht scheut, die absolut unwahre Behauptung aufzustellen, daß die freisinnige Partei bei den Stichwahlen in Westpreußen fast überall für den Polen eingetragen sei? Diese Behauptung ist absolut unwahr. (Widerspruch rechts.) Sr. v. Charlinski hat gestern schon erklärt, daß diese Behauptung zu seinem Bedauern unwahr wäre. Ich will Ihnen noch einige weitere Daten vorführen. Im Wahlkreise Thorn-Auln ist allerdings der polnische Kandidat im ersten Wahlgange durchgekommen, das ist auch früher schon gewesen, die freisinnige Partei hatte einen eigenen Kandidaten aufgestellt, die Cartellparteien auch. Der Kandidat der Freisinnigen hat bei dieser Wahl 750 Stimmen mehr erhalten als 1887, die Cartellparteien haben 1350 Stimmen weniger erhalten. Es ist doch angesichts dieser Thatsache eine zu kühne, daß Herr v. Puttkamer würdig Behauptung, daß die Freisinnigen Schulden seien, daß der Pole gewählt sei.

Stimmen mehr, als der freisinnige Kandidat gehabt hätte. Thatsächlich hat das freisinnige Wahlkomité sich zu Gunsten der Wahl des Cartellkandidaten ausgesprochen, und der freisinnige Gegencandidat hat sich in diesem Sinne bemüht. Was sagen Sie nun zu der Behauptung des Herrn v. Puttkamer? Das Wort "national" hat bei uns in Westpreußen immer als Deckmantel für eine reactionäre Politik gedient. Im Jahre 1881 — vergegenwärtigen Sie sich, daß der selbe Redner von gestern, Herr v. Puttkamer, die Hauptfigur in diesem Drama spielt — wurde von allen Liberalen im Kreise Graudenz-Strasburg ein sehr gewichtiger Nationalliberaler, Herr Bieler, als Kandidat aufgestellt. Die Conservativen stellten, obwohl der Wahlkreis sehr gefährdet war, Herrn v. Puttkamer als Gegencandidaten auf. Bei der engeren Wahl wurde der Polen gewählt. Herr v. Laskowski erhielt 8855, Herr Bieler nur etwa 7700 Stimmen. Wo war denn damals die Entrüstung und Scham, Herr v. Puttkamer? War sie abhanden gekommen? Dann schämen Sie sich jetzt noch! (Heiterkeit.) Wir haben es bedauert, daß die Polen früher immer den Conservativen geholfen haben, dafür haben sie auch ihre Strafe bekommen. Wenn aber einmal ein freisinniger polnischer Kandidat kommt, dann hat er sofort das Vaterland verraten. Wenn im großen Reichstage ein oder zwei Polen mehr sind, so ist das keine Calamität, wenn aber der Stadtrath von Posen polnisch ist, so hat das viel mehr zu bedeuten. 1886 wurde der freisinnige Chefredakteur der „Posener Zeitung“, ein durch und durch nationaler tüchtiger Mann, von der Regierung als Stadtrath, obwohl er mit großer Majorität gewählt war, nicht bestätigt wegen seiner Polenfreundlichkeit, und bei der Nachwahl verbanden sich Conservativen und Nationalliberalen gegen die Freisinnigen, um einen Polen in den Magistrat zu bringen. Wo war da die Scham und Entrüstung? In den Jahren haben die Conservativen im Kreise Aulm-Thorn mit den Polen ein Compromiß auf die Wahl eines polnischen und conservativen Kandidaten geschlossen. Den Polen ist das allerdings schlecht bekommen, der Conservative wurde gewählt, der Polen fiel durch gegen einen Liberalen. Uebrigens könnte Herr v. Charlinski einzige interessante Thatsachen über conservative Anhängerungen aus der allerneusten Zeit mittheilen. Angesichts dieser Thatsachen — was bedeuten da die Worte des Herrn v. Puttkamer? Die „nationalen“ Herren sollten sich überlegen, ob es richtig ist, daß man, gebedt durch das nationale Wappenschild, heimlich die Früchte für die reactionäre Politik einzuhauen sucht. Die Dummen hören schließlich auf. (Heiterkeit und Widerspruch.) Die Polen als unsere Staatsbürger haben dieselben Rechte wie wir. Wir beginnsten keine Politik, die die Gegenfrage verschärft. Das wissen unsere polnischen Mitbürger sehr gut, daß in Bezug auf die Intakthaltung des deutschen Reiches und den Fortbestand der jüngsten Grenzen wir ebenso unnahbar sind, wie Herr v. Puttkamer. Ich glaube aber, daß eine Antiverständigungspolitik den nationalen Gedanken herabdrückt und scharfe Gegenseite in die Bevölkerung bringt, die nun einmal angewiesen ist, unter denselben Staatsüberhaupt zu leben. (Beifall links.) Es wäre ja ganz kindisch und lächerlich, wenn die Polen versuchen wollten, sich von ihrem jüngsten Vaterlande loszusagen. Haben wir die Hunderte von Millionen für unsere Wehrkraft umsonst bewilligt, daß wir nun vor den paar Herren Polen Furcht haben sollten? Die Achtung vor jedem Staatsbürger gebietet aber, daß man seinen Eid in Ehren hält, und es hat mich auch mit einer gewissen Entrüstung und Scham erfüllt, daß Herr v. Charlinski aufstehen mußte, um Herrn v. Puttkamer nach seiner Anklage zu antworten: wir führen hier kraft der beschworenen Verfassung. Dieser Eid bedingt aber, daß das preußische Gebiet intakt bleibt. Ich traue den Herren zu, daß sie keinen Meineid geleistet haben, dann aber ziehe ich auch die Consequenzen nicht als Partei behandelt zu wissen, sondern als ebenerbürtige Staatsbürger mit denselben Rechten. (Lebh. Beifall links, Bifchen rechts, Beifall links und im Centrum.)

Herr v. Körber (Freiconf.): Daß die Freisinnigen bei den letzten Wahlen polnischen Abgeordneten zum Siege verholfen haben, steht fest. Bei der Wahl zu einem deutschen Parlament sollte kein Deutscher für einen Polen stimmen. Daß Polen und Deutsche sonst in communal- und wirtschaftlichen Angelegenheiten zusammengehen, wünsche ich auch. Die Erfolge der Ansiedlungscommission sind trotz der schlechten Tente der beiden letzten Jahre vor trefflich. Allerdings läuft sich der Ertrag noch nicht beurtheilen, weil die Colonisten sich noch in den freien Jahren befinden und nichts zu zahlen haben.

Herr v. Simula (Centr.): Viele der Colonisten haben noch eine Unterstützung von der Regierung bekommen, wie wird da erst das Resultat sein, wenn die freien Jahre um sind und die Leute bezahlt sollen? Dazu werden bankrot werden und froh sein, wenn sie ihre Wirtschaft wieder los sind. Es fehlt auch an Colonisten, die Commission hat noch 30 000 Hectar in eigener Verwaltung. Es sollten Colonisten aus Oberösterreich herangezogen werden, dann würde auch der Vorwurf, daß die Regierung protestantischen wolle, bestätigt sein. Auf die Provinzen Posen und Westpreußen wird ja Preußen niemals verzichten; liegt aber in einem Auge mit Russland, der nicht so leicht zu führen ist, wie der gegen Österreich, die Wiederherstellung eines Königreichs Polen oder eines Großherzogthums Warschau so ganz anderer Bezeichnung? Wozu also die Gehässigkeit gegen die Polen, die wir im Kriege mit Russland sehr gut gebrauchen können? Wir müssen alles zu einem glücklichen Ausgang eines Krieges mit Russland vorbereiten und deshalb auch etwas für die Polen tun. Wird man denn im Stande sein, die Ostseeprovinzen zu annexieren, wenn nicht ein befriedetes Hinterland da ist? (Großes Gelächter rechts.) Die Herren haben schon über manches gelacht, und es ist doch anders kommen, als sie meinten. (Beifall im Centrum.)

Herr v. Tiedemann-Bomst (Freiconf.): Die Klagen der Polen haben wir oft gehört und sie haben nichts Neues vorgebracht. Der Abg. Windthorst macht auf mich den Eindruck, als ob er das Bedürfnis fühlt, die Allarmtrommel zu schlagen, um alle seine Männer wieder zusammen zu holen. (Unruhe im Centrum.) Dem hohen Fluge des Abg. Rickert kann ich nicht folgen. Die Behauptung aber, daß die Conservativen 1886 bei der Wahl eines Stadtraths für den Polen gestimmt haben, weise ich entschieden zurück. Dagegen haben mindestens 4—500 Deutschefreisinnige durch ihr Eintritt für den polnischen Kandidaten in Graudenz, die Wahl von Sobreda verhindert. Ebenso ist bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus bestiegen, daß die Freisinnigen für die polnischen Wahlmänner gestimmt haben. Ich werde die heutige Rede des Abg. Rickert in meinem Wahlkreis verbreiten, dann wird er nicht mehr die 400 Stimmen erhalten, die er diesmal erhalten hat. Redner nimmt die Maßregeln der Ansiedlungscommission gegen die Ausstellungen des Herrn v. Puttkamer in Schuß.

Herr v. Jazdowski (Pole): Wir werden unsere Be schwerden immer wiederholen, bis uns Gerechtigkeit wird. Wir Polen sollen die Rüst zwischen Deutschen und Polen erweitern, wenn aber jedem Deutschen verdacht wird, wenn er mit uns zusammengeht, dann trifft dieser Vorwurf uns nicht. Diese Bevölkerung der Polen muß die Unterschiede der Nationalität erst recht wachsen lassen. Wir wollen nur die durch die Ver fassung garantirte Gleichberechtigung.

Herr v. Limburg-Stirum (Conf.): Die Polen sind nicht unterdrückt, sie nötigen uns durch ihre Agitation zu diesen Abwehrmaßnahmen. Durch die siebentausend polnische Bewegung zur Verbrüderung des deutschen Elements ist das Colonisationsgesetz nötig geworden, es dient also lediglich zur Abwehr. (Sehr wahr! rechts.) Die Polen sollen dort bleiben, neben den Deutschen;

Raum ist für beide vorhanden. Der Abg. Windthorst sagte gestern, eine Politik, welche solche Staatsmänner würde, könne nicht das Alphabet der politischen Weisheit. Diese Politik ist eine altpreußische. Sie ist unter Friedrich Wilhelm III. gelehrt von Flotow, v. Großenmann, fortgesetzt von Kaiser Wilhelm I. und ausgeführt von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit, rechts.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir auf seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von polnischer Seite werden aber beide mit einander verknüpft. So hat sich ein polnischer Lehrer geweigert, an einem Grabe deutsche Lieder zu singen. (Zwischenruf im Centrum.) Es steht in der „Nordd. Allg. Ztg.“ und ich nehme doch an, daß das, was darin steht, auch wahr ist. (Große Heiterkeit.)

Herr v. Puttkamer: Es ist mein Stolz, daß ich in einem Mittelstaate Deutschlands, der so deutsch ist wie die anderen, vielleicht der deutchesten von allen, meine Tätigkeit ausüben und von dort aus den preußischen Nachbar ein wenig beobachten konnte. Ich will gern ein Examen über meine Bevölkerung, die preußische Politik zu beurtheilen, ablegen vor einer competenten Behörde, nicht gerade vor der conservativen Partei, die Herren sind dazu nicht unbefangen genug, sie stehen an der Grenze, wo das Erkennen anfängt. Die preußische Politik in Bezug auf die polnischen Landesherrschaft hat sehr gewechselt, es war heute die Politik der Strenge, morgen die Politik der Milde. Flotow ist nachher völlig desavouirt worden, und mit ihm auch Großenmann. Nach Friedrich Wilhelm IV., der allerdings anscheinend den preußischen Traditionen nicht in allem entwegen hat, Welches war nun die richtige Politik? Flotow hat Fiasco gemacht, und die schweren Folgen der Unterdrückungspolitik haben sich blutig in die Geschichte Preußens eingeschrieben. Auch die jüngste Politik führt nicht zum Siele. Auch Sie werden gründlich Fiasco machen; ich wünschte, das Gesetz würde in recht schnellem Tempo ausgeführt, damit die Herren sehen, daß die Methode, mit der Gewalt des Schwertes zu regieren, die einzige Art, wie Sie überhaupt regieren können, doch nicht ausreicht. Das politische und religiöse Moment läuft nicht mit einander verknüpft werden; was war aber der ganze Kulturmarsch anders und ist es noch als ein politisch-religiöser Kampf? (Zwischenruf rechts.) Ich bin auf allen Gebieten der Kirche und der Schule befriedigt, wenn der status quo ante wiederhergestellt wird. Die Beziehungen zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Reichstag werden mir wahren, umso mehr, als ein Theil der conservativen Partei an den entscheidenden Stellen jetzt klar zu machen bemüht ist, daß dieser Reichstag garnicht zu brauchen sei und baldmöglichst wieder nach Hause geschickt werden müsse. (Widerspruch rechts.) Ich könnte Namen nennen, thue es aber nicht. (Heiterkeit.) Uns kann es recht sein; wir werden dafür sorgen, daß wir die Wahlslacht sofort von Neuem beginnen können. Die Bewohner der polnischen Landesherrschaft sind deutsche Staatsbürger, die allerdings polnisch sprechen, aber sonst völlig gleich den anderen sind. Wir haben ja noch andere Nationalitäten, Litauer, Tschechen, Wallonen. (Zwischenruf rechts; Juden!) Auf den Schlachtfeldern haben sich die polnischen Regimenter sehr wohl bewährt. Wenn die Deutschen nicht für einen Polen stimmen dürfen, wird der Krieg zwischen Deutschen und Polen in Permanenz erklärt. Ich freue mich von ganzem Herzen über dieses erstaunliche Zusammensein beider bei den Wahlen. In dem großen und ernsthaften Kampf gegen die Socialdemokratie müssen alle, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten wollen, zusammentreten. Es ist an der Zeit, alle anderen Streitigkeiten aufzuhören, die Kirche ihre Freiheit zu gewähren, die Nationalitäten zu berücksichtigen und nach allen Seiten Frieden zu predigen. Ich bleibe zum Frieden, blaßen Sie nicht zum Ariege! (Beifall im Centrum.)

Herr v. Puttkamer: Der Abg. Rickert hat in Bezug auf Graudenz-Strasburg nicht die Thatsache aus der Welt schaffen können, daß bei den Stichwahlen mehr polnische Stimmen abgegeben sind, wie deutsche, während bei der ersten Wahl das Umgekehrte der Fall war. Nach dem „Gesellen“ stand in Graudenz zwischen der ersten und der Stichwahl eine deutlich freisinnige Versammlung statt, in welcher von den Freisinnigen drei verschiedene Standpunkte den Polen gegenüber eingenommen wurden. Der Engratiste, Justizrat Mangelsdorf, erklärte ganz offen, man solle durchaus keine Directive geben, etwa gegen den Polen Front zu machen. Man müsse es jedem deutschen Wähler überlassen, wie er stimmen wolle, das Cartell dürfe man durchaus nicht unterstützen. Ein anderer Redner forderte auf, geschlossen gegen den Polen zu stimmen, ein dritter wollte den Deutschen nur „empfehlen“, für das Cartell zu stimmen. Zwischen den drei Richtungen entbrannte ein heftiger Streit. Derjenige Redner, der für die Deutschen eintrat, verließ mit seinen Anhängern den Saal. hr. Mangelsdorf blieb zunächst in der Majorität, endlich wurde eine Resolution des dritten Redners angenommen, welcher einen vermittelnden Standpunkt empfahl. Das Resultat konnte natürlich nur dasjenige sein, welches wir bei den Stichwahlen vor uns gehabt haben. 1881, als ich dort kandidierte, hat das ganze conservative Wahlcomite im „Gesellen“ alle Deutschen aufgefordert, einstimmig für den deutschen, liberalen Kandidaten einzutreten. Die Polen ließen aber am Morgen vor der Stichwahl rothe Zeittel anzuschlagen, die nur die Unterschrift trugen. „Das Wahlcomite“ und in dem alle conservativen deutschen Wähler aufgerufen wurden, nunmehr für den Polen zu stimmen. Dieser Kniff hat allerdings viele ungebildete deutsche Wähler veranlaßt, den Polen zu stimmen. In dem städtischen Rosenberger Kreise sind über 1000 kleine Insolte und Einlieger verführt worden, für den Polen zu stimmen, und zwar durch die Schnapsflasche, die der „Gaußenberg des Ostens“ dort hat kreisen lassen. Die Sache war nicht etwa an Ort und Stelle, sondern von hier aus dirigirt worden, wofür ich die Beweise in Händen habe. Ich will sie hier nicht vorbringen, um die Herren zu schonen. Der Abg. Rickert vergaß optisch sich am Schlusse seiner Rede, wenn er sagte, man solle es doch auch den Freisinnigen nicht verwehren, mit den Polen zusammenzugehen. Da trat einmal der innere Mensch des Abg. Rickert zu Tage. Den polnischen Abgeordneten habe ich keineswegs Gedruckt vorgeworfen. Ich meine aber, daß die Treue dieser wenigen Abgeordneten wenig helfen würde, wenn die übrigen vier Millionen Polen zur Insurrection schreiten würden. Denken Sie doch an 1848 und 1863. Gewiß brauchen wir heute keine Angst zu haben; will aber hr. Rickert eine Garantie für die Zukunft übernehmen? Herrn Windthorst und den Hanoveranern traut ich gewiß sehr viel Einsicht und Verständniß zu. Der hannoverische Volksstamm ist läufig und uns sehr lieb, sonst hätten wir ihn nicht annectiert. (Große Heiterkeit.) Aber die altpreußischen und polnischen Verhältnisse kennt hr. Windthorst sehr wenig. (Zustimmung rechts.) Was mit dem neuen Reichstag geschehen wird, wird von der Stellung abhängen, welche der Abg. Windthorst einnehmen wird. (Große gut! rechts.) Weber die Bundesregierungen,

noch eine Partei wird so thöricht sein, schon in diesem Augenblieke mit dem Plan einer Auflösung des Reichstages vorgehen. Das könnte dem Abg. Windthorst recht passen, wenn er die Erregung der letzten Wahl auch für die nächste benutzen könnte. So dummkopf sind wir nicht. (Große Heiterkeit.) Wir werden vor allen Dingen erst einige Thoren abwarten, die von der jetzigen Majorität gemacht werden, dann werden wir mit Erfolg zur Auflösung schreiten können. Der Abg. Windthorst meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit, rechts.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in seinem Alter sich hineinzuenden in die preußische Politik. (Große Heiterkeit.) Er kann uns daher nicht über nehmen, wenn wir seine Kritik keinen Gewicht legen. Der Abg. Rickert leugnet, daß die Freisinnigen bei den Stichwahlen für die Polen gestimmt haben, und aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er es nicht billigen würde. Der Abg. Windthorst sagt dagegen ganz offen, wir nehmen Alliierte, wo wir können. Er will eben erreichen, und das es im jüngsten Reichstage erreicht, daß er das Jüngste an der Waage sei. Hier aber ist er es nicht. Er hat es wieder so dargestellt, als ob dieses Gesetz nur gemacht sei zur Unterdrückung der Katholiken und Vernichtung der Parität. Unsere Absicht ist es nicht, die nationale Frage mit der religiösen zu verknüpfen. (Zustimmung rechts.) Von dem Fürsten Bismarck, einem Manne, von dem doch der größte Theil Europas, nur nicht der Abg. Windthorst, meint, daß er ein großer Staatsmann sei. Für ihn, der in einem deutschen Mittelstaate groß geworden ist, der der deutschen Politik immer auf das schärfste entgegengestellt ist, ist es unmöglich, in

Zwangsvorsteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche vom St. Boekau, Band III, Blatt 60, auf den Namen des August Lüders eingetragene, ebenda belegende Grundstück

am 6. Mai 1890,

Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 42, versteigert werden.
Das Grundstück ist mit 4.20 M. Reinertrag und einer Fläche von 0.4820 Hektar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei VIII, Zimmer Nr. 43, eingesehen werden. (129)

Danzig, den 28. Februar 1890.

Königl. Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung

Auf Antrag der verehrten Handelsmann Jacob Goldstein, Fann geb. Alois, in Danzig, soll im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Auseinanderlegung unter den Mietgehnern das im Grundbuche von Dr. Starck Band VIB Blatt 200 auf den Namen

1) der unverheiratheten Anna Abrahamsohn in Dr. Starck,
2) der Antragstellerin.

3) der 4 Kinder der verstorbenen Henriette Wolff, geborene Alois, in Königsberg, nämlich Johanna, Helene, Adalbert und Adolf eingetragene, in der Stadt Dr. Starck belegene Hausrundstück am 21. Mai 1890,

Vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 552 M. Nutzungsvermögen zum Gebäudeverkauf veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstimmungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I, eingesehen werden. Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 21. Mai 1890,

Vormittags 11 Uhr, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (124)

Dr. Starck, 4. März 1890.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Ruhung des staatlichen Bernsteinregals durch Auflese, Stechen und Schäppen am Ossenstrande vorlässt der beiden mit einander zusammenhängenden Dorfselbstmarken Alt-Pillau und Wogram soll auf 7 Jahre vom 1. Juni dieses Jahres ab bis einschließlich den 31. Mai 1897 im Wege der öffentlichen Aussichtnahme an einen Unternehmer gegen ein Meßgebot überlassen werden.

Biegungs-Termin Sonnabend, den 19. April 1890, Vormittags 10 Uhr, im Zimmer 183 des hiesigen Regierungs-Gebäudes, nördlicher Flügel 2 Treppen, vor dem Herrn Regierungs-Geheimer-Konsulenten.

Das geringste Gebot muss 100 M. betragen.

Die Aussichtungs-Bedingungen und Biegungsregeln sind in unserer Domänen-Registraur, Zimmer 123 während der Geschäftsstunden zur Einsicht ausgestellt. (126)

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachung.

Der Instrumentenmacher Friedrich Volkmann aus Neuenburg hat für seine Ehe mit Frau Auguste Blaudschun daselbst zur gerichtlichen Verhandlung vom 1. Februar 1890 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen.

Eingetragen in das Handelsregister zur Eintragung der Ausschließung der Gütergemeinschaft zufolge Verfügung vom 5. März 1890 am 5. März 1890. (159)

Römer'sches Amtsgericht I.

Zuchthälber - Auction.

22 holl. Zuchthälber (heils. Bullen, heils. Ruhhälber) 1-5 Monate alt, abstammend aus der Petershäuser holl. Milchviehherde sollen

Sonnabend, den 29. März,

Vormittags 11 Uhr, in Fürstenwerder vor dem Salzhause des Herrn Jahn meistbiedend verkauft werden.

Nähere Anfragen sind an Herrn Volkmann, Petershof zu richten.

Die Räuber stehen vom 26. März an zu Tebemanns Besichtigung bei Herrn Gu'sescher Volkmann, Fürstenwerder. (126)

G. Dau.

Große Schlossfreiheit-Lotterie.

Loose und Anteile werden stets zu den billigsten Tagescourien abgegeben.

Gesellschaftsspiel.

Ich biete den Interessenten eine Chance einzurichten in ihrer Art.

Man kann sich befreiligen an 100 Losen 1. Kl. mit 1/200 a 35 M. 1/100 M. 70, 1/20 M. 140, 1/25 M. 280, 1/20 M. 300, 1/10 M. 700; ferner an 50 Losen, bei welchen die Beteiligung je die Hälfte der vorher versteckten Preise kostet. Außerdem habe das kleine Gesellschaftsspiel von je 5 Losen aufgelegt. Hierzu kostet der Anteil für 100 Lose für alle 5 Stoffen M. 13,50, für 50 Stück 5 Spiele oder für 25 Lose M. 65. Jeder Spieler wird Mitgegängler der in meinem Original-Losse, die während derziehung in meinem Hause ausgetragen werden.

Bestellungen erbitte umgehend gegen Entwendung des Betrages vor Postanwendung. (128)

Simon Marcus,

ältestes Losse-Geschäft, Frankfurt am Main.

Langenmarkt 40.

(129)

Am 6. Mai 1890,

Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 42, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 4.20 M. Reinertrag und einer Fläche von 0.4820 Hektar zur Grundsteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei VIII, Zimmer Nr. 43, eingesehen werden. (129)

Danzig, den 28. Februar 1890.

Königl. Amtsgericht XI.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag der verehrten Handelsmann Jacob Goldstein, Fann geb. Alois, in Danzig, soll im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Auseinanderlegung unter den Mietgehnern das im Grundbuche von Dr. Starck Band VIB Blatt 200 auf den Namen

1) der unverheiratheten Anna Abrahamsohn in Dr. Starck,

2) der Antragstellerin,

3) der 4 Kinder der verstorbenen Henriette Wolff, geborene Alois, in Königsberg, nämlich Johanna, Helene, Adalbert und Adolf eingetragene, in der Stadt Dr. Starck belegene Hausrundstück am 21. Mai 1890,

Vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 552 M. Nutzungsvermögen zum Gebäudeverkauf veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstimmungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I, eingesehen werden. Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 21. Mai 1890,

Vormittags 11 Uhr, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (124)

Dr. Starck, 4. März 1890.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag der verehrten Handelsmann Jacob Goldstein, Fann geb. Alois, in Danzig, soll im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Auseinanderlegung unter den Mietgehnern das im Grundbuche von Dr. Starck Band VIB Blatt 200 auf den Namen

1) der unverheiratheten Anna Abrahamsohn in Dr. Starck,

2) der Antragstellerin,

3) der 4 Kinder der verstorbenen Henriette Wolff, geborene Alois, in Königsberg, nämlich Johanna, Helene, Adalbert und Adolf eingetragene, in der Stadt Dr. Starck belegene Hausrundstück am 21. Mai 1890,

Vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 552 M. Nutzungsvermögen zum Gebäudeverkauf veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstimmungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I, eingesehen werden. Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 21. Mai 1890,

Vormittags 11 Uhr, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (124)

Dr. Starck, 4. März 1890.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag der verehrten Handelsmann Jacob Goldstein, Fann geb. Alois, in Danzig, soll im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Auseinanderlegung unter den Mietgehnern das im Grundbuche von Dr. Starck Band VIB Blatt 200 auf den Namen

1) der unverheiratheten Anna Abrahamsohn in Dr. Starck,

2) der Antragstellerin,

3) der 4 Kinder der verstorbenen Henriette Wolff, geborene Alois, in Königsberg, nämlich Johanna, Helene, Adalbert und Adolf eingetragene, in der Stadt Dr. Starck belegene Hausrundstück am 21. Mai 1890,

Vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 552 M. Nutzungsvermögen zum Gebäudeverkauf veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstimmungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I, eingesehen werden. Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 21. Mai 1890,

Vormittags 11 Uhr, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (124)

Dr. Starck, 4. März 1890.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag der verehrten Handelsmann Jacob Goldstein, Fann geb. Alois, in Danzig, soll im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Auseinanderlegung unter den Mietgehnern das im Grundbuche von Dr. Starck Band VIB Blatt 200 auf den Namen

1) der unverheiratheten Anna Abrahamsohn in Dr. Starck,

2) der Antragstellerin,

3) der 4 Kinder der verstorbenen Henriette Wolff, geborene Alois, in Königsberg, nämlich Johanna, Helene, Adalbert und Adolf eingetragene, in der Stadt Dr. Starck belegene Hausrundstück am 21. Mai 1890,

Vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 552 M. Nutzungsvermögen zum Gebäudeverkauf veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstimmungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I, eingesehen werden. Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 21. Mai 1890,

Vormittags 11 Uhr, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (124)

Dr. Starck, 4. März 1890.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag der verehrten Handelsmann Jacob Goldstein, Fann geb. Alois, in Danzig, soll im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Auseinanderlegung unter den Mietgehnern das im Grundbuche von Dr. Starck Band VIB Blatt 200 auf den Namen

1) der unverheiratheten Anna Abrahamsohn in Dr. Starck,

2) der Antragstellerin,

3) der 4 Kinder der verstorbenen Henriette Wolff, geborene Alois, in Königsberg, nämlich Johanna, Helene, Adalbert und Adolf eingetragene, in der Stadt Dr. Starck belegene Hausrundstück am 21. Mai 1890,

Vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 552 M. Nutzungsvermögen zum Gebäudeverkauf veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstimmungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I, eingesehen werden. Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 21. Mai 1890,

Vormittags 11 Uhr, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (124)

Dr. Starck, 4. März 1890.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Auf Antrag der verehrten Handelsmann Jacob Goldstein, Fann geb. Alois, in Danzig, soll im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Auseinanderlegung unter den Mietgehnern das im Grundbuche von Dr. Starck Band VIB Blatt 200 auf den Namen

1) der unverheiratheten Anna Abrahamsohn in Dr. Starck,

2) der Antragstellerin,

3) der 4 Kinder der verstorbenen Henriette Wolff, geborene Alois, in Königsberg, nämlich Johanna, Helene, Adalbert und Adolf eingetragene, in der Stadt Dr. Starck belegene Hausrundstück am 21. Mai 1890,

Vorm. 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 552 M. Nutzungsvermögen zum Gebäudeverkauf veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abförschrift des Grundbuchsblatts, etwaige Abstimmungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen können in der Gerichtsschreiberei Abtheilung I, eingesehen werden. Das Urteil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 21. Mai 1890,

Vormittags 11 Uhr, an Geschäftsstelle, Zimmer Nr. 15, versteigert werden. (124)

Dr. Starck, 4. März 1890.